Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neufundland und das englisch-französische Abkommen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

und heranzieht, die Leistungsfähigen also viel stärker anspannt als vorher, eine Stärkung erfahren.

Im Jahre 1893 haben sich Miquel und der Reichsschatzamtssekretär von Thielemann ebenfalls gegen die Einführung einer Wehrsteuer ausgesprochen. Thielemann hat sie sogar als grausam bezeichnet, was wohl etwas zu weit gehn dürfte. Aber eins wird man jedenfalls, auch wenn man der Wehrsteuer geneigt ist, zugestehn müssen, daß man, will man sie einführen, Zeiten der Not abwarten mag, in denen sie als letztes Aushilfsmittel allenfalls in Betracht kommen könnte.

Neufundland und das englisch-französische Abkommen

Bei der zweiten Lesung über das englisch-französische Abkommen im englischen Unterhause am 1. Juni sagte der Premierminister Balfour über Neufundland: „Die enormen internationalen Vorteile des Abkommens über Neufundland werden bei weitem nicht genügend gewürdigt. Es gab Zeiten, wo der Friede zwischen Frankreich und England fast an einem Faden zu hängen schien, und nur der Takt der Marineoffiziere der beiden Mächte an Ort und Stelle die Utrechter Abmachungen erträglich machte. Diese ewige Drohung ist, glaube ich, jetzt beseitigt." Diese Äußerungen sind nur verständlich, wenn man die Entwicklung des bisherigen Zustandes kennt. Eine kurze Darstellung dieser Entwicklung als einer geschichtlichen Merkwürdigkeit dürfte um so mehr von Interesse sein, als in Zukunft zwar Streitigkeiten Englands mit Frankreich ausgeschlossen sein mögen, nicht aber mit Amerika.

Die Insel Neufundland ist etwas größer als Irland, hat aber nur eine Bevölkerung von etwas mehr als 230000 Einwohnern, die bis auf einen ganz unbedeutenden Teil Fischerei oder hiermit zusammenhängende Gewerbe betreiben. Ihre Ufer werden von einem kalten Polarstrom umspült, der außer Eisbergen und Eisfeldern Myriaden der kleinsten Lebewesen mit sich führt, die einen Fischreichtum zur Folge haben, wie er nirgends weiter auf der Welt zu finden ist. Dieser Fischreichtum wurde schon im sechzehnten Jahrhundert erkannt und von Spaniern, Franzosen und Engländern ausgenutzt. Im Jahre 1583, unter der Regierung der Königin Elisabeth, legte einer der großen merchant adventurers, Sir Humphrey Gilbert, auf einen Teil der Insel für England Beschlag, sodaß Neufundland vielfach als die erste englische Kolonie angesehen wird, wenngleich eine dauernde Ansiedlung erst 1620 entstand.

Die Fischereigerechtsame wurden vielfach umstritten und im Vertrage zu Utrecht merkwürdigerweise so geregelt, daß obgleich die Insel als englisches Besitztum anerkannt wurde, die Westküste Frankreich überantwortet wurde. Die Franzosen erhielten ausschließlich das Recht, an der Westküste zu fischen und die Küste zu Fischereizwecken zu benutzen, den wirklichen Eigentümern, den Engländern, wurde es verboten. Für die Entwicklung der Kolonie war das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ein vernichtender Schlag. Denn die Westküste ist, da sie dem Festlande zugekehrt ist, der natürliche Verbindungsweg für Handel und Verkehr, sie hat den fruchtbarsten Boden, ist mineralreich und hat viele geschützte Buchten bei einer Ausdehnung von etwa achtzig deutschen Meilen.

Daß das dauernde Brachliegen dieses besten Teils der Insel eine mit der zunehmenden Bevölkerung immer mehr steigende Erbitterung der Kolonie gegen das Mutterland hervorrufen mußte, liegt auf der Hand. Es ist doch beinahe so, als wenn etwa die pommersche Küste zwei Jahrhunderte lang hätte wüste und brach liegen müssen, nur damit ein andrer Staat, zum Beispiel Dänemark, dort ungestört hätte Fischerei betreiben können.

Wie sehr England schon seit langer Zeit die ihm angelegten Fesseln fühlte, geht aus einem Ausspruch des ältern Pitt vor dem Pariser Frieden im Jahre 1763 hervor, daß er lieber den Tower von London übergeben möchte als fremde Herrschaft in Neufundland dulden. Er war jedoch nicht im Amt, und man folgte ihm auch aus andern Rücksichten nicht.

Frankreich hielt mit der größten Zähigkeit an seinen Gerechtsamen fest und wußte sie auch bei allen ihm sonst nachteiligen Friedensschlüssen zu wahren; ebenso behielt es den letzten Rest seines frühern großen Kolonialreichs in Nordamerika, die kleine Inselgruppe St. Pierre Miquelon an der Südküste Neufundlands, allerdings mit der schwerwiegenden Verpflichtung, die Inseln nur zu Fischereizwecken zu benutzen.

Das Verhältnis zwischen den Franzosen und den Engländern war immer sehr schlecht. Aufkommende Streitigkeiten suchte man durch stationäre Kriegsschiffe, die unter je einem Kommodore standen, zu verhindern, häufig mußte auch die Diplomatie eingreifen, und durch eine ganze Reihe von Verträgen und Abkommen suchte man das gegenseitige Verhältnis immer von neuem zu regeln. Seit einer Reihe von Jahren gingen die Erträge der französischen Fischerflotte stark zurück, teils weil die Franzosen zu sehr Raubbau betrieben hatten, teils weil ihnen von den Neufundländern der für den Stockfischfang nötige Köderfisch, der an der Westküste nicht vorkommt, nicht geliefert wurde. Die Folge waren Schmuggel und neue Streitigkeiten. Die Franzosen gingen in ihrer Feindseligkeit so weit, daß sie sich die Errichtung eines englischen Konsulats in St. Pierre verbaten.

Um für den geringern Ertrag an Fischen Ersatz zu schaffen, legten sich die Franzosen in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf den Hummerfang. Darüber brach große Entrüstung in England aus, da nach der englischen sehr richtigen Auffassung Hummer keine Fische sind, die Franzosen mithin zu ihrem Fang vertragsmäßig kein Recht hatten. Eine Einigung hierüber ist nicht erreicht worden; ein Schiedsgericht wurde von den Franzosen abgelehnt. Seit 1890 besteht nach langen Verhandlungen ein modus vivendi, der die Angelegenheit immer auf ein Jahr im Sinne Frankreichs regelte. Seitdem sind die Fischerei und schließlich auch der Hummerfang noch mehr zurückgegangen. Um sie nicht ganz eingehn zu lassen, zahlte Frankreich enorme Prämien bis zu siebzig Prozent des Wertes der Fische. Nur durch diese Maßnahmen konnte es sich den vorzüglichen Ersatz für die Marine, den ihm die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fischereibevölkerung lieferte, erhalten, und vor allem behielt es gegen England einen Trumpf in der Hand, der in der Zukunft sehr schwer wog, wie es das jetzige Abkommen gezeigt hat. Der nächste Erfolg der Prämien waren die Unterbietung und die Verdrängung des englischen Absatzes von Stockfischen, was die Bevölkerung von Neufundland schwer schädigte und erbitterte. Aber trotz aller Begünstigungen konnte man den Niedergang der Fischerei nicht aufhalten, und in wenig Jahren würde schon aus Mangel an Ködern die französische Fischerei von selbst eingegangen sein, sodaß England seine Zeit ruhig hätte abwarten können, wenn nicht in Amerika von dem Senator Lodge eine Bewegung angefacht worden wäre, Frankreich die Inselgruppe St. Pierre Miquelon abzukaufen.

Bedeutende Gerechtsame hatte Amerika schon in Verträgen von 1818 und 1871 von England erlangt, aber es fehlte ihm an einem Depot und Umladeplatz für die Fischerfahrzeuge; erst mit dem Besitz eines solchen konnte sich die amerikanische Fischerei von den Abgaben in den englischen Häfen befreien und sich freier entwickeln als bisher. Aber im Hintergrunde lockte noch eine andre Möglichkeit. Die Inseln beherrschen, wenn sie befestigt und zum Kriegshafen gemacht werden, die Ostküste Kanadas; deshalb würde England niemals eine Befestigung dulden können, ohne den Besitz Kanadas zu gefährden. Wenn nun der gegenwärtige Besitzer Frankreich auch verpflichtet ist, die Insel nur zu Fischereizwecken zu benutzen, so entsteht doch bei einem Verkauf die interessante Frage, ob ein künftiger Besitzer diese Verpflichtung auch übernimmt; bei der eigentümlichen Logik der Amerikaner erscheint es zweifelhaft.

Abgesehen von diesen in der Zukunft schlummernden, möglichen Gefahren war es für England hohe Zeit, mit Frankreich reine Bahn zu schaffen, um zu verhindern, daß sich die amerikanischen Ansprüche mit den französischen verquickten. In dem Abkommen verzichtet Frankreich auf seine ausschließlichen Sonderrechte an der Westküste, erhält dafür aber seinen Bedarf an Ködern und das Recht, auch Hummer zu fangen. Ob und inwieweit durch das Abkommen die Möglichkeit des Verkaufs der Inseln St. Pierre und Miquelon an einen andern Staat ausgeschlossen ist, ist nicht bekannt.

Die Times urteilten über diesen Teil des Abkommens sehr befriedigt, indem sie schrieben: „Die Fischereifrage starrte von verwirrenden technischen Einzelbestimmungen und Vorbehalten und verwickelte Neufundland in ein Problem von geradezu unheimlicher Art. Zu dem Verschwinden einer Schwierigkeit, so unbedeutend und dennoch so voll von Zündstoffen, kann sich England nur gratulieren." Ob diese Auffassung nicht zu optimistisch ist, muß die Zukunft lehren. Inzwischen scheint man in Amerika die Pläne geändert zu haben. Bezeichnend für die Situation ist jedenfalls folgendes Telegramm aus Newyork vom 2. Juni: „Der Verkauf der Magdaleneninseln (Neuschottland) an ein amerikanisches Syndikat zur Ausbeutung der vorhandnen Manganlager mißfällt der kanadischen Regierung. Diese versucht, den Eigentumsübergang an das Syndikat zu hintertreiben. Die Inselgruppe könnte als Flottenstation in fremden Händen dem Dominion of Canada gefährlich werden."

Kurz vor dem Angriff der Armada, also vor 316 Jahren, schrieb der be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rühmte Raleigh an Lord Burleigh, den großen Kanzler der Königin Elisabeth: „Die Neufundlandfischerei ist die Hauptstütze der westlichen Grafschaften. Wenn der Fischerflotte dort ein Unfall passieren sollte, so wäre dies das größte Unglück, das England befallen könnte." Setzt man anstatt westliche Grafschaften Kanada, so mag der Ausspruch auch noch für das heutige England Geltung haben.

Walther, Fregatten-Kapitän z. D.

Die ersten Vorboten des Krieges 1870

Von Karl v. Bruchhausen, Major a. D.

Im Grunde genommen beginnt die Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges mit dem 5. Juli 1866, dem Tage, wo der erste französische Vermittlungsantrag im preußischen Großen Hauptquartier zu Nikolsburg einlief; oder eigentlich schon zwei Tage früher, mit der Schlacht bei Königgrätz. Diesseits wie jenseits der Vogesen flammte blitzartig die Erkenntnis auf, daß es nun auch zu einer ernsten Auseinandersetzung zwischen dem kaiserlichen Frankreich und dem sieggestärkten Preußen kommen werde. Wie man in dem noch nicht abgeschlossenen französischen Generalstabswerk lesen kann, schrieb General Ducrot unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von dem preußischen Siege: „Wenn wir die Stellung, die uns in Europa gebührt, wieder einnehmen wollen, muß ein fürchterlicher Kampf mit dem von ganz Deutschland und vielleicht auch von Österreich unterstützten Preußen durchgekämpft werden. Das wird eine schwere Aufgabe sein; um sie zu lösen, muß man von langer Hand ein starkes Heer vorbereiten." Immerhin spricht sich in den letzten Worten eine vernünftigere Auffassung aus, als sie der sofort auftauchende Ruf: Revanche pour Sadowa! verriet.

Auf preußischer Seite äußerte sich die Stimmung selbstverständlich weniger lärmend, ganz und gar nicht übermütig. Wie man an leitender Stelle und im Heere gleich nach Königgrätz über einen Krieg mit Frankreich dachte, darüber — wie über die Vorgeschichte des Krieges 1866 — gibt ein soeben erschienenes, von dem Verfasser dieser Zeilen übersetztes Buch: General Govone, die italienisch-preußischen Beziehungen und die Schlacht bei Custoza 1866*) mancherlei interessante Auskunft.

Der italienische General Govone war schon im Frühjahr 1866 zur Teilnahme an den Bündnisverhandlungen beinahe drei Monate in Berlin gewesen und erschien am 20. Juli wieder im Großen Hauptquartier zu Nikolsburg, um womöglich einen Aufschub des zwischen Preußen und Österreich angebahnten Waffenstillstandes zu erlangen. Seine Mission blieb vergeblich, aber der scharf beobachtende, damals erst vierzigjährige General (er starb mit 46 Jahren) fühlte den weltgeschichtlichen Begebenheiten gleichsam an den Puls; er sah mancherlei bemerkenswerte Dinge und zeichnete sie, was besonders wichtig erscheint, jedes-

*) Herausgegeben von seinem Sohn U. Govone. Berlin, Vossische Buchhandlung.

mal sofort in Berichten an seine Regierung wie in Tagebuchblättern auf. Als begeisterter und aus nationalen Gründen dankbarer Verehrer Napoleons ist er überrascht davon, daß man im preußischen Heere in hohen wie niedrigen Dienstgraden von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Frankreich überzeugt ist. Nicht daß man im Selbstgefühl des Siegers einen solchen herbeisehnte: ganz und gar nicht. Eher mischt sich hier und da einige Erbitterung hinein, daß Napoleon durch sein Eingreifen die preußischen Kreise gerade mitten im schönsten Erfolge störte.

Govone hatte also auf die Fortsetzung des Krieges hinzuarbeiten. Aber gleich bei der ersten Unterredung, am 26. Juli 1866, wies Bismarck dieses Ansinnen, gerade mit Rücksicht auf die Haltung Napoleons, sehr nachdrücklich zurück: „Können wir angesichts einer solchen Lage den Krieg fortsetzen, wenn uns obendrein noch Frankreich über den Hals kommt? Die Folgen würden nicht nur für uns tödlich sein, sondern auch schwer auf die Lage Italiens drücken." Weiter erklärte er nach Govones Bericht, „daß er ebenso wie wir im ersten Augenblicke durch die französische Einmischung eingeschüchtert (intimidito) worden sei, und daß die Langsamkeit unsrer Operationen es ihm zur Notwendigkeit gemacht habe, die französische, einen drohenden Charakter tragende Vermittlung nicht ganz und gar zurückzuweisen; dementsprechend sei auch seine erste Antwort gefaßt gewesen, worin er bedauerte, sich nicht sofort mit uns haben ins Einverständnis setzen zu können; später sei es nicht mehr möglich gewesen, durch ausweichende Antworten dem Drängen Frankreichs zu widerstehn. — Die Drohungen Frankreichs seien zu einem gewissen Zeitpunkt so ernster Natur gewesen, daß er sich zur Alarmierung des ganzen ihm zur Verfügung stehenden deutschen Journalismus gezwungen gesehen habe, um den Kaiser zur Mäßigung zu bestimmen."

Bismarcks Groll über die französische Einmischung entlud sich auch nach einer andern Richtung hin. Unter dem 31. Juli trägt Govone in sein Tagebuch ein: „Avet hat mir von seiner peinlichen Lage, von seinem Schmerze erzählt. Als man die Intervention Frankreichs fürchtete und der Rhein von Truppen entblößt war, hat Bismarck zu ihm gesagt: Auch mit auf den Rat des Generals Govone hin haben wir den Rhein von Truppen entblößt, aber wir waren auch zu der Annahme berechtigt, daß Italien den Krieg kraftvoll führen und bei Triest landen werde, aber nichts davon geschieht!"

Ja, eine Zeit lang hat Bismarck nach Govones Bericht sogar für möglich gehalten, daß zwischen Frankreich und Italien die ganze Sache abgekartet sei, um Preußen ins Verderben zu stürzen; ein schwarzer Verdacht, zu dessen rascher Entkräftung Govones Mission wesentlich beitrug. Am 8. August verzeichnete dieser in seinem Tagebuche: „Gestern hat Barral [der Gesandte Italiens in Berlin] mir erzählt, daß Frankreich endlich seine »Hotelrechnung« gesandt habe, wie Bismarck vor dem Kriege zu mir sagte. Nichts von Rechnung, sagt Bismarck heute. Die Pfalz, den auf dem linken Ufer des Rheins liegenden Teil Hessens, Mainz und Luxemburg. Die von Benedetti überreichte Forderung ist nur ein paar Zeilen lang. Bismarck ist wütend darüber. Er hat zu Barral gesagt: Wir haben dem Kaiser alles zu Gefallen getan. Wir haben wie die Blöd-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sinnigen (imbecilli) vor den Toren Wiens Halt gemacht — hält er uns nun für Feiglinge oder für Kinder? Bismarck behauptet, daß in Frankreich Pferdeankäufe in starkem Umfange stattfinden. Sollten wir nun vor dem von den preußischen Offizieren vorhergesagten großen Kriege stehn?"

Ferner am 10. August: „Besuch bei Moltke. Diskussion über die Schlacht vom 24. — Besuch bei Döhring. Er spricht über Frankreich und meint, daß von ihm allein nichts zu fürchten sei. Das ganze Süddeutschland vermöge 100 000 Mann aufzustellen. Während dieses Gesprächs holt mich Manara ab [Unterleutnant Filippo Manara, Adjutant Govones], da Bismarck sofort meinen Besuch erwartet. Bismarck fragt mich, ob ich die ganze Zeit in Berlin verbracht habe. Se. Exzellenz sagt: „Nun also, wir haben Schwierigkeiten mit Frankreich. Der Kaiser hat uns immer erklärt, daß er nichts für sich wolle; nun kommt er mit unmöglichen Forderungen, mit ganz unzulässigen, durch deren Bewilligung wir das ganze in Deutschland gewonnene Ansehen verlieren würden. Man hat mir geschrieben, daß er in Frankreich viele Pferde aufkauft. Desgleichen in Belgien. Ich forderte von Benedetti Aufklärung; er hat mir geantwortet, daß es sich möglicherweise so verhalten könne. Ich will wissen, ob der Kaiser Krieg mit uns will, denn nach den Forderungen, die er stellt, muß man fast glauben, daß er Streit sucht. In diesem Falle würden wir uns nicht mehr für an die Mainlinie gebunden erachten; wir würden an Deutschland appellieren, und es würde ganz zu uns stehn."

Frage: Sprechen Euer Exzellenz von den Völkern oder von den Souveränen, zum Beispiel vom König von Bayern?

Antwort: Ja. (Und nach einigem Zögern:) Die Könige werden es wenigstens mit uns halten. —

Besuch bei Moltke! Schon vor dem Kriege hatten mehrere Unterredungen zwischen dem preußischen Generalstabschef und Govone, hauptsächlich über den Kriegsplan, stattgefunden. Ein Bruchstück ohne Datum teilt darüber allerhand mit. In der Einleitung heißt es: „Ich plauderte heute mit dem General v. Moltke über die bevorstehenden militärischen Begebenheiten und bemerkte, ich hoffe sehr, daß Preußen seine Streitkräfte völlig konzentriert gegen Österreich verwenden werde, ohne sich durch irgend welchen andern Verdacht, vor allem in bezug auf Frankreich der Rheinprovinz wegen, davon abhalten zu lassen. Ganz recht, entgegnete er, wir müssen einen einzigen starken Schlag gegen Österreich führen. Ist Österreich besiegt, so liegt uns ganz Deutschland zu Füßen. Was Frankreich angeht, das wird nachher erledigt. Die letzten Worte sprach Herr v. Moltke mit halblauter Stimme, wobei er mir fest in die Augen sah." So geschehn vor dem Kriege. Von neuem muß man den Weitblick des großen Schweigers bewundern. Nach dem Siege war natürlich die Meinung, daß es eine Abrechnung mit Frankreich geben werde, verbreiteter. Govone schrieb am 30. Juli in sein Tagebuch: „General v. Fransecky setzt mir auseinander, daß das Bündnis zwischen Italien und Preußen ebenso natürlich sei wie ein solches zwischen Frankreich und Österreich. Man sagt schließlich den Krieg gegen Frankreich überall vorher. Fransecky war in Sorge, ob es dazu kommen werde."

Und auf der Rückreise von Nikolsburg nach Berlin begriffen, trägt Govone

ein: „Heute sprach ich unterwegs einen Offizier des fünften Korps (General von Steinmetz, zur Armee des Kronprinzen gehörend), der nach Dresden reist, um sich von einer Augenentzündung heilen zu lassen. Der Offizier sagte: Überhaupt, im allgemeinen wünschen wir Frieden. Aber er wird nicht von langer Dauer sein. Weshalb? fragte ich, glauben Sie, daß Österreich von neuem anfangen wird? Nein, nicht dort wird es losgehn; sondern im Westen. Wenn man uns den Rhein nehmen will, wird ganz Deutschland dabei sein. Als ich dazu mit dem Kopfe schüttelte, fügte der Offizier hinzu: Es freut mich von Ihnen zu hören, daß wir keinen Krieg mit Frankreich haben werden, das Heer wünscht ihn nicht, und der König am allerwenigsten."

„Aber es verdient festgestellt zu werden, daß es nach dem allgemein verbreiteten Gefühl des Heeres Krieg mit Frankreich geben wird. General von Etzel hatte mir gegenüber früher schon geäußert: Im nächsten Kriege werden wir ausschließlich gezogne Kanonen haben. — In was für einem Kriege? fragte ich. — Aber doch mit Frankreich. Es wird nicht zugeben, daß wir die deutsche Einheit friedlich gründen. — Ich antwortete, der Kaiser sei viel zu klug, als daß er sich der Vollziehung des Weltenschicksals widersetzen sollte. Auch der Generalleutnant von Fransecky hatte zu mir gesagt: Ich hoffe, daß wir auch im Kampfe gegen Frankreich Verbündete sind! Und Benedetti hat tatsächlich in Nikolsburg geäußert: Aber man muß Österreich Zeit zur Erholung lassen."

Nach dieser Abschweifung kehren wir nach Berlin zurück, um den an der Hand Govones gemachten Weg in Paris zu beschließen.

Am 7. August war Govone bei Bismarck, der unumwunden aussprach, daß er einen Krieg mit Frankreich für sehr möglich halte. „Darauf las der Ministerpräsident mir verschiedne, zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Könige Wilhelm gewechselte Depeschen vor, die mit dem ersten Vermittlungsanerbieten des Kaisers vom 5. Juli begannen und bis zum Abschluß des Waffenstillstands reichten. Er setzte hinzu, daß das letzte kaiserliche Telegramm, das er mir aber nicht vorlas, von Preußen eine endgiltige Äußerung darüber forderte, ob es die französische Vermittlung ohne Weiterungen annehme oder nicht: »Frankreich stand im Begriff, loszuschlagen, sagte Herr von Bismarck, und wir waren zur Annahme gezwungen.« Darauf wiederholte er all die andern Gründe, die Preußen die Annahme als ratsam erscheinen ließen: das Klima Ungarns, die Cholera, das Eintreffen des (österreichischen) Heeres aus Italien, die große Entfernung des italienischen Heeres von der Donau; eine Entfernung, die der preußische Generalstab auf zwanzig bis fünfundzwanzig Tagemärsche berechnet hatte. Seine Exzellenz fügte noch hinzu, daß er, als das erste französische Vermittlungsanerbieten vom 5. Juli eintraf, der Ansicht gewesen sei, es im Prinzip annehmen zu müssen; dann aber ließ er die preußischen Generale wissen, daß er durch Verhandlungen zehn Tage gewinnen zu können glaube, falls sie imstande seien, Wien in dieser Zeit zu erreichen. Die preußischen Generale verlangten fünfzehn Tage, und er gewann dann siebzehn, denn die erste Waffenruhe datiert vom zweiundzwanzigsten; dann aber mußte der rasche Vormarsch aufgehalten werden, um den Brot- und Lebensmittelkolonnen Zeit zum Herankommen an das Heer zu gewähren, und so war es nicht möglich, Wien zu besetzen."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es folgte am 10. August eine Abschiedsaudienz beim Könige. „Der König sagte mir, daß er in bezug auf die allernächste Zukunft ernstlich beunruhigt sei. Frankreich sei mit nach jeder Richtung hin unerfüllbaren Forderungen an ihn herangetreten, nachdem es noch einige Tage zuvor die wohlwollendste und uninteressierteste Haltung zum Ausdruck gebracht habe; deshalb müsse er glauben, daß der Kaiser Napoleon nach Vorwänden zur Erhebung eines Streitfalles mit Preußen suche. Er setzte noch hinzu, daß der Kaiser früher einmal, und zwar bei der Zusammenkunft zu Baden, Gelegenheit genommen habe, Preußen ähnliche Vorschläge zu machen, wie sie von Italien seinerzeit angenommen seien, um zum Kriege von 1859 zu gelangen. Seine Majestät erzählten mir, auf die geringsten Einzelheiten eingehend, wie er es damals einzurichten gewußt habe, daß sich die fünf deutschen Könige vereint in Baden eingefunden hätten: angesichts dieser Demonstration habe Kaiser Napoleon dann nicht mehr gewagt, auf irgend einen derartigen Vorschlag anzuspielen. Se. Majestät fügten hinzu, daß der Kaiser sich bei dieser Gelegenheit auf die Worte beschränkt habe: er bemerke sehr gut, daß Deutschland ihm mißtraue, und bitte, ihm die Gründe dafür zu sagen. König Wilhelm antwortete damals: Sire, Deutschland fürchtet, daß Euer Majestät sich in seine innern Angelegenheiten einzumischen beabsichtigen, um dann, wie Sie Italien gegenüber getan, die Abtretung deutscher Provinzen zu verlangen. Hierauf erwiderte der Kaiser: ein derartiger Verdacht sei ganz und gar unbegründet, und er wünsche einen Weg zu finden, das deutsche Volk darüber zu beruhigen. König Wilhelm erwiderte: Wenn Euer Majestät uns beruhigen wollen, so geben Sie nur vor allen hier in Baden versammelten Königen die gleichen Erklärungen und den gleichen Protest ab, wie in diesem Augenblick mir gegenüber. — Und nun, fuhr der König fort, fordert der Kaiser von uns die Abtretung deutschen Gebiets und einer deutschen Bevölkerung, obgleich er sehr gut weiß, daß ich in bezug hierauf nicht die allerkleinste Konzession machen kann. Ich bin um so mehr beunruhigt, als ich ein Einvernehmen zwischen Frankreich und Österreich fürchte. Aus Prag ist mir die Mitteilung zugegangen, daß Österreich die italienischen Bevollmächtigten nicht zu den Friedensverhandlungen zulassen will: mir will das nur als ein Auskunftsmittel erscheinen, die Dinge in die Länge zu ziehen."

Und warum es im Jahre 1866 trotz der kläglich gescheiterten Hoffnungen Napoleons des Dritten dann doch noch keinen Krieg mit Frankreich gab? Das französische Heer war nicht kriegsbereit, das Land unruhig; vor allen Dingen aber sprach der Gesundheitszustand des Kaisers mit. In einem von General Govone nach seiner Rückkehr an den Minister des Äußern Visconti-Venosta geschriebnen — aber aus bestimmten Gründen nicht abgesandten — Briefe heißt es in bezug auf seinen Pariser Aufenthalt (11. August 1866) folgendermaßen: „War so der Eindruck, den Herr von Bismarck gewonnen hatte, ein sehr ernster, so muß ich, Herr Minister, weiter anführen, daß mich in Paris Prinz Napoleon, der von meiner Durchreise gehört hatte, zu sich rufen ließ und mich stundenlang über die gegenwärtige politische Lage unterhielt. Von einem Kriege gegen Preußen sprach er als einer allergeringsten Wahrscheinlichkeit; er erklärte vielmehr, daß der Kaiser aus guten Gründen durchaus nichts davon

wissen wolle: zunächst weil er weder bereit noch imstande sei, einen solchen Krieg zu führen; dann weil die innere Lage Frankreichs gerade jetzt sehr ernst sei; endlich weil der Kaiser krank, und zwar von einer solchen Krankheit befallen sei, von der er sich für lange Zeit nicht so weit erholen wird, um wenigstens zu Pferde steigen zu können. So ist denn der Krieg heute unmöglich — ich sage nicht, ob er es in sechs Monaten, in einem Jahr, in zwei Jahren sein wird, aber für heute ist er es."

Literargeschichtliches

Von K. Bruchmann

(Schluß)

Wie anders hatte es doch das Schicksal mit Hauff gemeint! Menander sagt uns ja: Wen die Götter lieben, der stirbt jung. Hauff, der auch immer zu den Lieblingen des deutschen Volkes gehört, war in Menanders Sinn Liebling der Götter, auch wenn wir sein Leben nicht nach dem gedankenvollen Schema Solons messen (Herodot I, 30). Hauff stirbt wie im Siegesglanze; sogar im Besitz eines Kindes — wonach sich Kleist einmal sehnte! Ich bin froh, schreibt Hauff 1807, einige Monate vor seinem Tode, daß ich um zweitausend Jahre nach Polykrates geboren bin und keinem Aberglauben mehr anheimfalle, sonst müßte mich mitten im Glück der furchtbar mahnende Gedanke traurig machen: „noch keinen sah ich fröhlich enden, auf den mit immer vollen Händen die Götter ihre Gaben streun." Ich bin so jung, ich habe viel Glück gehabt in der Welt . . .

Als Jubiläumsschrift und Zusammenfassung des uns erreichbaren Stoffes ist das warmherzige Buch von Dr. Hans Hofmann gedacht: W. Hauff, eine nach neuen Quellen bearbeitete Darstellung seines Werdegangs mit einer Sammlung seiner Briefe und einer Auswahl aus dem unveröffentlichten Nachlaß des Dichters. (Frankfurt a. M., Moritz Diesterweg, 1902. 297 S., 5 Mark, geb. 6 Mark.) Mehrere Bildnisse des Dichters sind dem Buche beigegeben, dessen erster Teil Hauffs Leben behandelt. Auf eine Reihe von Briefen (S. 119 bis 163) folgt der Nachlaß, darin Gedichte und Stammbuchblätter, Varianten, Teile eines komischen Epos aus der Studentenzeit mit dem Titel Die Seniade (Seni = Senior = Hauff), Reden, Studie über zwölf Romane Walter Scotts, Kritische Aufsätze, Fragmente und Entwürfe, unter dramatischen Sachen eine kleine Parodie von Wallensteins Lager (270 bis 274). Der Verfasser berührt die literarischen Vorbilder des Dichters (61 ff.), seine stilistische Art (78), und wir lesen, daß Hauff selbst keiner Schule angehören wollte (155). Wenn man auch in Schwaben vom „Stiftsg'schmäckle" (Stiftsgeruch) spricht, so sind in dieser Atmosphäre glücklicherweise recht verschiedne Gewächse zur Ausbildung gelangt, wie wir uns an den